

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000034/2014
an die Kommission**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

Vital Moreira, Helmut Scholz

im Namen des Ausschusses für internationalen Handel

Betrifft: Einfuhr von in Laogai-Lagern hergestellten Erzeugnissen in die Europäische Union

In ihrer Antwort auf eine schriftliche Anfrage zur Einfuhr von in Laogai-Lagern hergestellten Erzeugnissen in die Europäische Union teilte die Kommission am 23. September 2010 in der Plenartagung mit, dass sie eine dienststellenübergreifende Gruppe eingerichtet habe, die die Haltung der EU zu den Vorwürfen bezüglich Zwangsarbeit in Gefängnissen, unter anderem in chinesischen Laogai, prüfen sollte. Außerdem stellte die Kommission fest, dass sie den Erlass eines Einfuhrverbots von Waren, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, nicht ausschließe. Darüber hinaus wolle die Kommission auch weiterhin im Rahmen jedes geeigneten Forums das Laogai-System und andere Formen der Zwangsarbeit verurteilen, die nicht mit den grundlegenden Menschenrechten vereinbar sind.

1. Zu welchen Ergebnissen kam die dienststellenübergreifende Gruppe der Kommission? Welche Schlussfolgerungen ergab die Überprüfung, ob es für die EU durchführbar und wirtschaftlich ist, Vorschriften einzuführen und durchzusetzen, um die Einfuhr von in Laogai-Lagern hergestellten Erzeugnissen in die EU zu verbieten?
2. Welche Maßnahmen hat die Kommission bislang ergriffen, um die direkte und indirekte Einfuhr von Waren zu verhindern, die in Laogai-Lagern und/oder von anderen Gefangenen produziert wurden?
3. Was hat die Kommission unternommen, um das Laogai-System und andere Formen von Zwangsarbeit in China in jedem geeigneten Forum zu verurteilen?

Eingang: 12.2.2014

Weiterleitung: 14.2.2014

Fristablauf: 21.2.2014